

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus?: Begriffliche Vorbemerkungen

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1974) : Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus?: Begriffliche Vorbemerkungen, In: Heinrich August Winkler (Ed.): Organisierter Kapitalismus: Voraussetzungen und Anfänge, ISBN 3-525-35960-8, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, pp. 19-35

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112491>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen

Von JÜRGEN KOCKA

Die folgenden Überlegungen haben primär heuristische Funktion. Sie versuchen, einen groben begrifflichen Bezugsrahmen abzustecken, der den folgenden Beiträgen über die Entwicklung einzelner Industriegesellschaften vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis in die ersten Jahre der Zwischenkriegszeit leitende Gesichtspunkte und Fragestellungen, Strukturierungsraster und Hypothesen anbietet und ihre Hauptergebnisse insofern der vergleichenden Analyse erschließt. Diese Überlegungen beanspruchen nicht, eine Theorie des Organisierten Kapitalismus zu formulieren, sondern ein Modell, dessen Anwendung auf konkrete historische Situationen zu seiner eigenen Kritik werden dürfte und damit Kriterien zur Beurteilung seiner aufschließenden, strukturierenden und erklärenden Funktion sowie Ansatzpunkte zu seiner Modifikation liefern könnte¹.

In den letzten Jahren ist bei der Analyse der sozialen und allgemeinen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Industrialisierungsprozeß in seiner zentralen Bedeutung und Wirkungsmächtigkeit zunehmend erkannt und behandelt worden. In den Vordergrund des Interesses rückt damit ein komplexer Wachstums- und Transformationsprozeß mit vielfältigen ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Dimensionen: ein Prozeß, von dem zumindest implizit angenommen wird, daß er in den hier zur Debatte stehenden mehr oder weniger fortgeschrittenen Industrieländern Europas und Nordamerikas — trotz vieler Unterschiede im einzelnen — ähnlich ablief, und zwar insbesondere ähnlich in seinem ökonomischen Kern, aber auch hinsichtlich einiger politischer und ideologischer Parallelentwicklungen. Diese beiden sowohl durch empirische Analyse wie durch theoretische Überlegungen abstützbaren, jedoch nicht ganz unproblematischen Voraussetzungen — nämlich: die große, alles durchdringende Wirkungsmächtigkeit des Industrialisierungsprozesses für den historischen Gesamtzusammenhang und die prinzipielle Ähnlichkeit seines Auftretens in verschiedenen Ländern — begründen die hervorragende Brauchbarkeit des Industrialisierungskonzepts für die vergleichende historische Forschung². Dies gilt auch und gerade für die vergleichende Analyse der hier zur Debatte stehenden Industrieländer, in denen die Industrialisierung mit einer Ausnahme (England) im 19. Jahrhundert begann und durchweg kapitalistisch strukturiert war³.

Solche Überlegungen treffen voll und ganz auf den Begriff des Organisierten Kapitalismus zu, der ein Bündel zentraler, miteinander verflochtener Veränderungen meint, die in kapitalistisch strukturierten Industrialisierungsprozessen in einem fortgeschrittenen Stadium — im Falle der meisten hier untersuchten Länder gegen Ende des 19. Jahrhunderts — aufzutreten begannen und im Ersten Weltkrieg einen auffälligen, auch in den folgenden Jahren nicht aufrechterhaltenen Höhepunkt durchliefen⁴. In ganz groben Linien handelt es sich dabei vor allem um folgende Veränderungen:

1. Vor allem aufgrund des unzureichend ausbalancierten, ungleichmäßigen Wirtschaftswachstums und der damit verbundenen krisenhaften Konjunkturerinbrüche einerseits, aufgrund der schnellen Fortentwicklung der auf überbetriebliche Zusammenarbeit drängenden Produktivkräfte andererseits wurden in einigen Bereichen der Industrie, im Bankwesen und ansatzweise auch im Sektor Handel und Versicherungen Konzentrations- und Zentralisationsbewegungen auf den Weg gebracht oder beschleunigt. Großunternehmen einerseits, Absprachen, Kartelle, Syndikate und Konzerne andererseits nahmen schnell, wenn auch nicht kontinuierlich zu. Besonders in den Rohstoffindustrien, aber auch in den überproportional schnell wachsenden, neue Technologien und neue Organisationsformen benutzenden Industrien wie Elektro und Chemie, wurde damit der bisher vorwiegend durch das Markt- und Konkurrenzprinzip bestimmte Produktions- und Verwertungsprozeß immer mehr durch Momente bewußter, jedoch sehr partiell bleibender Selbstorganisation der Unternehmen ergänzt. Oligopolistische und monopolistische Abhängigkeitsverhältnisse entstanden. Teilweise veränderten sich die Formen der Konkurrenz, wenn auch Selbsterhaltung, Profit und Expansion auf dem Markt die grundlegenden Kriterien blieben, an denen unternehmerischer Erfolg gemessen wurde; Profite und Preise gewannen eine relative, oft nur temporäre und immer bedrohte Unabhängigkeit vom Angebot-Nachfrage-Mechanismus. Hinsichtlich Markt- und Gewinnchancen — und damit häufig zusammenhängend: hinsichtlich sozialer und politischer Einflußmöglichkeiten — traten starke Unterschiede und Differenzen zwischen den hoch organisierten und den weniger oder nicht organisierten Branchen auf. In Ausnahmefällen griffen Zusammenschlußbestrebungen bereits vor 1914 auf die internationale Ebene über. Die Konzentrationsvorgänge wurden beschleunigt und — vor allem in Deutschland — geprägt durch die zunehmende Verflechtung von Bank- und Industriekapital, das im sog. „Finanzkapital“ in generell nicht voraussagbaren und stark variierenden Über- und Unterordnungsverhältnissen zusammenwirkte⁵.

2. In den vorwiegend als Kapitalgesellschaften verfaßten Großunternehmen setzte sich die Trennung von Besitz und Kontrolle immer stärker durch. Damit gerieten die meisten Unternehmerfunktionen in den tonangebenden Großunternehmen in die Hand von leitenden Angestellten. Daraus folgte weniger eine Veränderung unternehmerischer Zielsetzungen, auch nicht so sehr eine veränderte Haltung gegenüber der Arbeiterschaft, als vielmehr die Unterstützung der auch aus anderen Quellen gespeisten Tendenz zu systematischerer, ten-

denziell wissenschaftlicher Unternehmensleitung, zu Spezialisierung und effizienter Organisation, zu begrenzter Planung und unternehmensspezifischer Bürokratisierung, die sowohl in den wachsenden Büroabteilungen wie in den Werkstätten die Sozial- und Herrschaftsverhältnisse veränderten. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Verfahren nahmen zunächst in der Produktion, dann auch im Vertrieb und in der Unternehmensverwaltung zu; die Organisation und Bereitstellung dieser „Produktivkraft“ Wissenschaft schaffte bzw. vergrößerte neue Institutionen, die z. T. — man denke an die Technischen Hochschulen — den Rahmen der einzelnen Unternehmen überschritten. In den fortgeschrittensten Branchen kontrastierte die Zweckrationalität und zunehmende Planbarkeit im Innern der großen Unternehmen seltsam mit der trotz aller Organisationstendenzen letztlich unkontrollierten, ziemlich chaotischen, sich stark beschleunigenden Expansion der Gesamtwirtschaft⁶.

3. Solche tiefgreifende Veränderungen im Bereich von Produktion und Verwertung hatten tiefgreifende Veränderungen in der sozialen Schichtenbildung zur Folge. Einerseits entstanden neue Führungsschichten — die leitenden Angestellten, die Manager und die oberen Ränge der „technisch-wissenschaftlichen Intelligenz“; andererseits führte die Ausweitung der nicht unmittelbar der Produktion dienenden Bereiche in der Industrie, vor allem aber das überproportionale Wachstum von Handel, Banken und Dienstleistungen zur überproportionalen Vermehrung der Angestellten unteren und mittleren Ranges, deren schnelles Wachstum die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft radikal und in sozial wie politisch bedeutsamer Weise änderte⁷.

4. Auch auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes, des Klassenkonflikts und anderer Interessenkonflikte verdrängte das Prinzip der bewußten kollektiven Organisation zunehmend das individuelle Konkurrenz-, Tausch- und Vertragsprinzip, das sog. „freie Spiel der Kräfte“; die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und — zum großen Teil als Reaktion darauf — die Arbeitgeberverbände zeigten die zunehmende Tendenz zum Zusammenschluß auf immer höherer, schließlich nationaler Ebene; die Intensität, die Mechanismen und die Formen des Klassenkonflikts veränderten sich damit in einer im einzelnen zu erforschenden Weise. Nicht organisierte bzw. schwer organisierbare Gruppen — wie die selbständigen und angestellten Mittelschichten (Handwerker und Angestellte zumal) fühlten sich angesichts der allgemeinen Tendenz zur kollektiven Organisation — aber auch aus anderen zu erforschenden Ursachen — leicht als Zukurzgekommene. Sie entwickelten spezifische, von Land zu Land wechselnde Formen anti-modernistischen Protests unter Benützung rückwärts-gewandter Ideologien⁸.

5. Bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung kapitalistischer Strukturprinzipien verstärkten sich die Tendenzen zur engeren Verknüpfung und Verflechtung der sozialökonomischen und der staatlichen Sphäre. Den zunehmenden staatlichen Interventionen in den ökonomischen und sozialen Bereich entsprach eine gewisse Sozialökonomisierung der Politik. Die Ursachen dieses neuen Verhältnisses von Ökonomie und Politik waren auf zwei eng miteinander verbundenen

Ebenen angesiedelt. Die Gleichgewichtsstörungen des kapitalistischen Marktes, die, wie erwähnt, zur ansatzweisen Aufhebung des Konkurrenzprinzips in Oligopolen und Monopolen führten, aber eben dadurch bei veränderter Konjunktur erst recht die Ungleichgewichtigkeiten und die nicht voll ausreichende Selbstregulierungsfähigkeit des Produktions- und Verwertungsprozesses verstärkten, forderten stabilisierende, wachstumsbeeinflussende Interventionen staatlicher Organe heraus. Zölle, außenwirtschaftliche Aktivitäten des Staates, der Staat als Unternehmer (bes. im Verkehrswesen, in der Energieerzeugung und im Montanbereich), Aufträge (Rüstung!), einige Subventionen (Schiffbau und Kolonialwirtschaft insbesondere), Monopolkontrollen und — wie schon vorher — staatliche Investitionen in Infrastruktur und Bildungssystem spielten in dieser Hinsicht vor 1914 eine größere Rolle als finanz-, geld- und kreditpolitische Interventionen^{8a}. All dies blieb natürlich — der Begriff „Organisierter Kapitalismus“ darf darüber auch nicht die leiseste Illusion erwecken — weit von jeder wirklich zentral geleiteten und gar geplanten Verwaltungswirtschaft entfernt, die wichtigsten unternehmerischen Entscheidungen, insbesondere die Investitionsentscheidungen, blieben in aller Regel fest in privater Hand. — Der zweite Anstoß zum staatlichen Interventionismus resultierte aus sozialen Konflikten, die entweder aufgrund ihres wirklich oder anscheinend systemgefährdenden Charakters oder aufgrund anders begründeter Einwirkungschancen zu staatlichen Sozialinterventionen führten. Deren äußerst unvollkommener Charakter sollte jedoch betont werden. Die Arbeiter-Sozialversicherung, sozialprotektionistische Maßnahmen zugunsten agrarischer und mittelständischer Gruppen, ideologische Integrationsversuche und der Einsatz öffentlicher Gewalt in industriellen Konflikten gehörten in Deutschland zu jenen zunehmenden Maßnahmen mit sozial stabilisierender Funktion, wobei auf die enge Verflechtung von Wirtschafts- und Sozialinterventionen und auf die Notwendigkeit, jede dieser Interventionen auf ihren Zusammenhang mit partikularen Interessen hin zu untersuchen, nicht erst besonders hingewiesen zu werden braucht. — Der Anteil der öffentlichen Einnahmen bzw. Ausgaben am Volkseinkommen wuchs, wenn auch nur sehr langsam, in Deutschland von 1870 bis 1914. In dem Maße, in dem die ökonomisch und sozial relevanten Entscheidungen und Handlungen staatlicher Organe zunahmen, wuchs der Anreiz für ökonomische und soziale Interessen, auf diese Entscheidungen und Handlungen Einfluß zu nehmen. Die zunehmende kollektive Organisation der Interessen, die personelle Verflechtung von öffentlichen und nicht-öffentlichen Herrschaftsgruppen, die zunehmende Delegation öffentlicher Funktionen an halb-private, teilweise öffentlich kontrollierte Trägergruppen (Kammern) und andere Erscheinungen reflektierten eine zunehmende Verwischung der Trennungslinie zwischen privater und öffentlicher Macht bereits in jener Zeit⁹.

6. Im außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Verhalten der durchweg imperialistischen Industriestaaten traten zunehmende Tendenzen zur Expansion, zur immer stärker formalisierten Herrschaft über nicht-industrialisierte

Territorien und zum internationalen Konflikt auf, Tendenzen, in denen die Wachstumsprobleme und die sozialen Konflikte der Industriegesellschaften ebenso zum Ausdruck kamen wie die Konkurrenz beschneidenden und sozial-integrativen neuen Lösungsversuche, wie auch die neue Qualität ökonomisch-politischer Durchdringung¹⁰.

7. Angesichts ihrer neuen und vergrößerten Funktionen veränderte sich auch die staatliche Sphäre: einmal die Verwaltungen, die sich ausweiteten und in Ländern mit längerer bürokratischer Tradition ansatzweise vom Typ der Ordnungs- zu dem der Leistungsverwaltung umstrukturierten; zum andern das Parteiensystem, das mit den zunehmend organisierten Interessen fertig zu werden hatte; schließlich auch ein genereller, vielfältig bedingter Trend zur stärkeren Einbeziehung größerer Bevölkerungskreise in die Politik — was jedoch nicht notwendig größere Demokratisierung hieß. Im übrigen variierten gerade auf politisch-staatlichem Gebiet die bei der Entstehung des „Organisierten Kapitalismus“ ablaufenden Veränderungen von Land zu Land stark, so daß die Möglichkeit zur Formulierung typischer Veränderungsprozesse sehr begrenzt ist¹¹.

8. Das gilt erst recht für Veränderungen im Bereich der Ideen, Ideologien und kollektiven Mentalitäten. Man fragt sich aber, ob nicht die in den USA der „Progressive Era“ und im Wilhelminischen Deutschland auf verschiedensten Lebensgebieten und in ganz verschiedenen literarischen Produkten auftauchende Bewunderung von „Wissenschaftlichkeit“ und „Organisation“, ob nicht auch die Glorifikation von Organisation und Effizienz in den „Ideen von 1914“ innerhalb dieses hier nur angedeuteten Bezugsrahmens interpretiert, z. T. auch erst aufgespürt werden könnten¹².

Soweit die m. E. wichtigsten und gewiß ergänzungsbedürftigen Merkmale des Idealtyps „Organisierter Kapitalismus“. Es ist sicher deutlich geworden und soll ausdrücklich betont werden, daß sie primär mit Blick auf Veränderungen in Deutschland zwischen den 1880er Jahren und 1914/18 formuliert wurden. Die Konstruktion eines hoffentlich komparativ verwendbaren Bezugssystems unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Beispiels wäre insbesondere dann nicht illegitim, wenn Lenins Vermutung, daß Deutschland im Grad der „Organisiertheit des Kapitalismus“ zur Zeit des Ersten Weltkriegs die anderen kapitalistischen Länder übertraf¹³, zutrifft, und wenn man auch hinsichtlich der Entstehung des Organisierten Kapitalismus cum grano salis erwarten dürfte, daß „das industriell entwickelte Land ... dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft“ zeigt¹⁴. Unzweifelbar ist, daß viele der aufgeführten Merkmale zwar im Wilhelminischen Deutschland, aber nicht in allen anderen hier behandelten Ländern zu jener Zeit auftraten. Solange sich diese Abweichungen in gewissen Grenzen halten, erweisen sie keineswegs die Unbrauchbarkeit des idealtypisch verwandten Konzepts. Vielmehr könnte es hier — wie in anderen Fällen der Verwendung von Idealtypen — u. a. darum gehen, den „Abstand“ zwischen Begriff und Realität zu bestimmen und zu erklären¹⁵.

In jedem Fall sollte in der vergleichenden Diskussion gefragt werden, a) wie weit welche der aufgeführten Merkmale in den verschiedenen Ländern auftraten; b) welche Momente variierten, etwa in einem Fall auftraten, in einem anderen nicht, oder in welchen verschiedenen Formen, Zusammenhängen und Zeitfolgen die einzelnen Momente in Erscheinung traten; dann wäre c) zu fragen, wie die festgestellten internationalen Verschiedenartigkeiten zu erklären sind. Eine große Vielfalt von möglichen Ursachen der internationalen Unterschiede käme in Frage. Strebt man jedoch zu einer systematisierenden Erklärung und zu einer historischen Typologie des Organisierten Kapitalismus zur Zeit seiner Entstehung, dann wird man sich auf eine begrenzte Anzahl von besonders erklärungskräftigen Variablen begrenzen müssen. Besondere Berücksichtigung sollte dabei einmal die Ungleichzeitigkeit der Industrialisierungsabläufe und damit die nicht nur temporalen und quantitativen, sondern auch qualitativen Folgen der relativen „Rückständigkeit“ einzelner Länder gegenüber anderen finden — in Fortsetzung des Ansatzes von Gerschenkron¹⁶. Zum andern könnte man sich auf die von Land zu Land wechselnden Startbedingungen des Industrialisierungsprozesses unter ausgewählten Aspekten konzentrieren, in der Hoffnung, verschiedene Formen des Organisierten Kapitalismus durch verschiedenartige vorindustrielle, aber weiterwirkende Bedingungen zu erklären. Die Existenz feudaler und bürokratischer Traditionen aus vorindustrieller Zeit unterscheidet etwa die deutsche Entwicklung auch noch um 1900 von der in USA oder England — um nur ein Beispiel zu nennen¹⁷. Schließlich wäre d) zu überlegen, ob — und, wenn ja, nach welchen Kriterien — das skizzierte Konzept des Organisierten Kapitalismus zu modifizieren, zu verfeinern oder aber — um sehr Unterschiedliches besser einbegreifen zu können — zu vergröbern, vielleicht auch zu verwerfen ist.

Die hier angedeuteten Veränderungen in den relativ fortgeschrittenen Industrieländern der Jahrhundertwende sind mit jeweils verschiedenartigen Akzentsetzungen und Auslassungen sowie unter verschiedenen Oberbegriffen von verschiedenen Autoren erwähnt, skizziert, selten aber wirklich ausgearbeitet worden. Wenn Maurice Dobb und andere Angelsachsen von „corporation capitalism“ oder „corporate capitalism“ sprechen, so meinen sie Aspekte des hier Skizzierten, jedoch unter charakteristischer Vernachlässigung der neuen Qualität des Verhältnisses von Ökonomie und Politik. Schumpeters Begriff des „Neomerkantilistischen Kondratieff“ lenkt den Blick andererseits allzu ausschließlich auf den neuen Staatsinterventionismus, zu wenig aber auf die vielfältigen Organisationstendenzen in anderen gesellschaftlichen Bereichen¹⁸. Der Begriff des Organisierten Kapitalismus, der in die neuere westdeutsche Diskussion von Hans-Ulrich Wehler eingeführt worden ist¹⁹, scheint mir diesen Einseitigkeiten zu entgehen.

Der Begriff des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, der vor allem in der DDR eine wachsende Rolle nicht nur für die marxistisch-leninistische Analyse der Bundesrepublik, sondern auch für die Erforschung der deutschen Geschichte vor und nach dem Ersten Weltkrieg spielt, thematisiert dagegen die meisten der hier

unter „Organisierter Kapitalismus“ subsumierten Veränderungen, insbesondere die Tendenzen zu Zentralisation und Konzentration von Produktion und Kapital, das Zusammenwachsen von Bank- und Industriekapital, die weitertreibenden Veränderungen der Produktivkräfte, das überproportionale Wachstum der „neuen Industrien“, die sprunghaft wachsende Rolle der Wissenschaft im Produktions- und Verwertungsprozeß, die zunehmende Organisation des Klassenkonflikts, den Imperialismus mit seinen ökonomischen Ursachen sowie die Verknüpfung und Durchdringung von Ökonomie und Politik, die durchaus unvollkommene Tendenz zur zentralen Lenkung ökonomischer Prozesse mit außerökonomischen Mitteln²⁰. Die Konzepte „Organisierter Kapitalismus“ und „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ zielen beide darauf ab, ökonomische, soziale, politische und ideologische Phänomene in ihrem Zusammenhang zu begreifen und dabei trotz Anerkennung komplexer Wechselwirkungsverhältnisse zwischen den einzelnen Wirklichkeitsfaktoren der sozialökonomischen Dimension eine gewisse Maßgeblichkeit einzuräumen; beide sind analytische Konzepte für eine sozialökonomische Interpretation eines Abschnitts Gesamtgeschichte, beide vollziehen methodisch die Entscheidung zugunsten des Primats der Innenpolitik, ohne doch die Wechselwirkungsbeziehungen zwischen außen- und innenpolitischen Faktoren zu vernachlässigen; beide Begriffe ermöglichen im Prinzip einen international vergleichenden Ansatz unter Beachtung von Ungleichzeitigkeitsphänomenen und unter Betonung der Rolle vorindustrieller Bedingungen der Industrialisierung; beide beziehen sich nur auf kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, sind also nicht breit genug, um der vergleichenden Untersuchung aller modernen Industriegesellschaften als Basis zu dienen²¹.

Sie teilen übrigens auch spezifische Schwächen, sofern sie als Grundlage der Periodisierung erhalten sollen. Denn einerseits stellt keiner von beiden eindeutige Kriterien bereit, um einen scharfen Einschnitt als Beginn einer „Periode“ oder „Stufe“ des Organisierten bzw. des Staatsmonopolistischen Kapitalismus festzulegen; entsprechende Versuche entbehren — jedenfalls solange man nicht weitere Kriterien, etwa die Konjunkturbewegungen, hinzuzieht — nicht der Willkür und haben auch in der DDR zu sehr verschiedenen, meist aber unklaren Antworten geführt; die teilweise quantifizierbaren Kriterien (wie Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt oder Zahl der Kartelle) erlauben jeweils nur die Feststellung von Gradunterschieden, von Tendenzen, von deren Verlangsamung und Beschleunigung; die einzelnen Begriffsmomente traten in der historischen Wirklichkeit zudem nicht gleichzeitig auf, was eine scharfe Datierung unmöglich macht. Andererseits beziehen sich beide Begriffe auf Zeiträume, die bis heute reichen, und stellen keine Begriffe bereit, diesen für die meisten Erkenntnisziele allzu langen Zeitraum stringent zu untergliedern²². Sowohl unter dem Blickwinkel des Staatmonopolistischen wie unter dem des Organisierten Kapitalismus erscheint der Erste Weltkrieg als zunächst vorübergehender Höhepunkt in der Entwicklung der meisten hier angedeuteten Veränderungen. Beide Begriffe sind nicht zufällig in

denselben Jahren 1916/17 unter dem Eindruck des Krieges geprägt worden, der eine von Hilferding, der andere von Lenin²³.

Dank der Arbeit ostdeutscher Sozialwissenschaftler ist das Konzept des Staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Zeit weit entfalteteter als das des Organisierten Kapitalismus. Jenes hat zudem bereits in stärkerem Ausmaß wichtigen historisch-empirischen Arbeiten als Gerüst gedient, dieses dagegen kaum. Wenn trotzdem hier nicht für die Anwendung des Konzepts vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus plädiert wird, so insbesondere aus folgenden zwei Gründen:

1. Die immer engere Verknüpfung von Ökonomie und Politik wird im Bezugsrahmen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus als „Verschmelzung“ der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem Gesamtmechanismus begriffen, als dessen Zweck und Funktion die Beherrschung der gesamten Gesellschaft durch die Monopole oder wenigstens im Interesse der Monopole gilt. Zwar ist es möglich, innerhalb dieses Bezugsrahmens Interessendivergenzen zwischen einzelnen Monopolgruppen und zwischen monopolistischen und nicht-monopolistischen Unternehmergruppen in ihrer Auswirkung auf den ebenfalls in seiner Heterogenität begriffenen Staatsapparat zu untersuchen; auch wird betont, daß der Prozeß der Verschmelzung von Monopolen und Staat „widersprüchlich“ verlaufen ist, daß also auch Gegenteilstendenzen aufgetreten sind. Dennoch reflektiert die im Bezugsrahmen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus vorherrschende Analyse bis heute jene historisch-materialistische Tradition, die den Staat ausschließlich als Herrschaftsinstrument der sozialökonomisch herrschenden Klasse zur Beherrschung und auf Kosten der Gesamtgesellschaft und insbesondere der arbeitenden Bevölkerung begreift. „Die Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Geschichte der Entwicklung des Herrschaftsmechanismus des Monopolkapitals.“²⁴ Eine solche — trotz hier nicht zu behandelnder jüngerer Ansätze zu einer gewissen Lockerung²⁵ — recht eindeutig kanonisierte Sichtweise erschwert die Einsicht in die *relative* Eigenständigkeit des Staatsapparats bzw. einzelner seiner Teile; sie erschwert die Suche nach Spannungen und Konflikten zwischen den Kapitalinteressen *insgesamt* und staatlichen Organen; sie scheint, wie an Einzelbeispielen, etwa der marxistisch-leninistischen Interpretation des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat im Ersten Weltkrieg im einzelnen gezeigt werden kann, zur Minimierung solcher Konflikte oder aber zu ihrer gewaltsamen Uminterpretation in eine Richtung zu verführen, die alle Ergebnisse des politischen Entscheidungsprozesses als instrumentell für wenigstens eine Gruppe von Monopolinteressen und als Verletzung der Masseninteressen darstellt²⁶; solche Sichtweise verringert zudem den Anreiz zu Bürokratieuntersuchungen und trübt den Blick für die gerade in Deutschland keineswegs in Unternehmerinteressen aufgehenden Macht- und Staatsinteressen der Bürokratie als einer Institution und sozialen Gruppe.

Dagegen scheint es angemessener — und dies ist im Bezugsrahmen des Organisierten Kapitalismus besser zu leisten — von einer Denkfigur auszugehen, die die Verflechtung von Ökonomie und Staat, von sozioökonomischen Klassen und staatlichen Organen nicht im Sinne von „Verschmelzung“ präjudiziert,

sondern offen für die *Möglichkeit* bleibt, daß die zunehmende Verflechtung der beiden Sphären auf lange Strecken und in großen Handlungsbereichen gleichzeitig zu steigenden Spannungen zwischen den ökonomisch und sozial dominierenden Gruppen und dem Staat führte. Gerade um das Verhalten der militärischen und zivilen Verwaltungsorgane im Ersten Weltkrieg adäquat zu fassen, empfiehlt es sich nicht, diese primär oder gar ausschließlich als Repräsentanten herrschender Gesellschaftsklassen (etwa der Großunternehmer) oder eines ihrer Teile zu verstehen; angemessener ist eine Denkfigur, in dem der Staat als relativ eigenständiger Faktor erscheinen *kann*. Freilich nicht im Sinne obrigkeitsstaatlicher Neutralitätsideologie, sondern durchaus mit Betonung der — allerdings nicht ein für allemal gleich und vorneweg zu beantwortenden — Frage nach der Interessengebundenheit und der Interesseninstrumentalität aller Mechanismen und Ergebnisse des staatlichen Entscheidungsprozesses. Verkürzt zusammengefaßt: Statt den Staat per definitionem als Herrschaftsmittel im partikularen Interesse der Monopole oder einzelner Monopolgruppen zu verstehen, geht es darum, sowohl seine *relative*, in dieser Zeit vielleicht sogar zunehmende *Eigenständigkeit* gegenüber einzelnen ökonomischen und sozialen Partikularinteressen ebensowenig wegzudefinieren wie die „restriktiven Bedingungen“, unter denen sich jene Eigenständigkeit immer nur konkretisieren konnte. Daß unter diesen restriktiven, die staatlichen Handlungsalternativen reduzierenden Bedingungen Kapital- und Unternehmerinteressen (damals wie heute) außerordentlich schwer wogen, ließe sich zeigen und im einzelnen begründen. Worin jene „restriktiven Bedingungen“ aber konkret bestanden, welche Barrieren den staatlichen Entscheidungen also sozusagen unübersteigbar vorgegeben waren und wie sie sich — letztlich doch über Perzeptionen und Handlungen von Menschen — geltend machten, das läßt sich m. E. generell nicht formulieren, sondern — wenn überhaupt — nur für die historisch-konkrete Situation herausarbeiten²⁷.

2. Beide Begriffe — „Organisierter“ wie „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ — entstanden aus praktisch vermittelten Zusammenhängen, in denen ihnen eine gegensätzliche politisch-polemische Funktion zukam. Bei Hilferding, Naphtali u. a. diente „Organisierter Kapitalismus“ als reformistischer Zentralbegriff, der die Möglichkeit evolutionärer Transformation des Kapitalismus mit Hilfe staatlicher Kontrollen im Interesse sozialdemokratischer Zielsetzungen formulierte — allzu problemlos und illusionär, wie es wohl den meisten heutigen Lesern erscheinen wird. Der Begriff „Organisierter Kapitalismus“, wie er hier für die historische Analyse vorgeschlagen wird, sollte sich von diesen harmonisierenden Funktionen und Beiklängen möglichst befreien. Insbesondere läßt er die Frage offen, ob die von ihm beschriebenen, sich verändernden Systeme *ausreichende* Selbststeuerungsmaßnahmen und Selbstreformen entwickeln können oder ob sie letztlich doch durch nicht kontrollierbare Widersprüche und Auflösungstendenzen bedroht sind²⁸.

„Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ meint dagegen eine krisenhafte Spätphase des Kapitalismus mit sich offen oder versteckt verschärfenden Wider-

sprüchen und mit letztlich unvermeidbarer Zusammenbruchsperspektive. Als antikapitalistischer und antireformistischer, revolutionärer Kampfbegriff ist er von Lenin geprägt worden und seine intensive Benutzung durch Historiker, die sich ausdrücklich als Kämpfer in einer ideologischen Systemauseinandersetzung verstehen, hat dazu beigetragen, daß dem Begriff seine polemisch-kämpferische Dimension bis heute weitgehend erhalten blieb²⁹. Dies führte zu gewissen Einschränkungen seiner analytischen Kraft. Insbesondere sind es zwei nur aus diesem Zusammenhang verständliche prognostische Komponenten dieses Begriffs, die ihn unvorteilhaft vom Konzept des Organisierten Kapitalismus unterscheiden:

a) Von Lenin bis heute insistiert der Begriff des Staatsmonopolistischen Kapitalismus darauf, daß die von ihm bezeichneten Veränderungen notwendig langfristig zu zunehmender Ausbeutung und Knechtung der Massen führen. Wie sich etwa an der marxistisch-leninistischen Behandlung des „Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes“ von 1916 und seiner Folgen zeigen ließe, verführt diese durch häufig zitierte Lenin-Worte recht festgelegte, politisch relevante Sichtweise zu negativen Verzeichnungen der Arbeitergeschichte und zur Vernachlässigung von Gegenteilstendenzen³⁰. Der Begriff des Organisierten Kapitalismus, wie er hier vorgeschlagen wird, thematisiert diesen Aspekt als variablen und nimmt somit nicht theoretisch-definitiv vorweg, was nur durch empirische Untersuchungen beantwortet werden kann.

b) Von Lenin bis heute besteht der Begriff des Staatsmonopolistischen Kapitalismus darauf, daß die von ihm bezeichneten Veränderungen langfristig zur Aushöhlung liberal-demokratischer Traditionen und zur Stärkung autoritärer, tendenziell faschistischer Herrschaftselemente drängen, die allerdings nur unter bestimmten Bedingungen manifest werden. Dies verführt insbesondere für die spätere Zeit leicht zu einer Verwischung der grundsätzlichen Unterschiede zwischen liberal-parlamentarischen und faschistischen Herrschaftsmethoden, zur Minimierung des Unterschieds zwischen dem Staatsmonopolistischen Kapitalismus Hitlers und dem Roosevelts³¹. Für jeden Historiker, dessen erkenntnisleitende Interessen irgend etwas mit liberal-demokratischen Orientierungen zu tun haben, muß solches Vorgehen prekär erscheinen. Demgegenüber versucht das hier vorgestellte Konzept des Organisierten Kapitalismus die Frage nach der tendenziellen Bedrohung liberal-demokratischer Traditionen nicht vorweg zu beantworten, jedoch zu thematisieren. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang vor allem zweierlei: Gibt es langfristige und in allen untersuchten Ländern auftretende Tendenzen zur Aushöhlung oder Zerstörung liberal-demokratischer Systembestandteile? Zu denken wäre an Machtverschiebungen von der Legislative zur Exekutive, an Tendenzen zum Struktur- und Funktionswandel der Öffentlichkeit, an die Bedrohung individueller Freiheit durch allseitige Durchorganisation und Bürokratisierung, wie sie Max Weber prognostizierte und fürchtete. Zu fragen wäre aber auch nach den sicherlich in die hier untersuchte Zeit zurückreichenden Bedingungen des Umschlags des Organisierten Kapitalismus in faschistische Herrschaft wie nach den Bedingungen, unter denen es mög-

lich war, dies zu vermeiden, bzw. unter denen es möglich sein könnte, eine sozialstaatliche, liberal-demokratische Variante des Organisierten Kapitalismus voranzutreiben.

Anmerkungen

¹ Eine Vorfassung dieses Beitrags wurde in einer Konferenz in Telgte/Westf. am 15. 7. 1972 vorgetragen, die der Vorbereitung der Arbeitsgemeinschaft „Voraussetzungen und Anfänge des Organisierten Kapitalismus“ auf dem Regensburger Historikertag 1972 diente und an der einige Sektions-Referenten teilnahmen. Jene Vorfassung ging dann allen Vortragenden dieser Sektion zu. Sie wurde unter Berücksichtigung der Anregungen und Kritiken der Telgter Konferenz in die Form gebracht, in der sie in Regensburg im Oktober 1972 referiert und — mit einigen geringfügigen Veränderungen sowie Anmerkungen versehen — im folgenden wiedergegeben wird. Auf eine inhaltliche Überarbeitung des Vortrags unter Einbeziehung der in Regensburg geäußerten Kritik und Anregungen wurde verzichtet — diese sind jedoch zum Teil in den hinzugefügten Anmerkungen berücksichtigt.

² In inhaltlich verschiedener Weise finden sich diese beiden Implikationen des Industrialisierungskonzepts bei: H. Mottek, Zum Verlauf u. einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: ders. u. a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, 11—63; W. W. Rostow, Stadien des wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1961 (engl. *The Stages of Economic Growth*, 1960); H.-U. Wehler, Theorieprobleme der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (1800—1954), in: Festschrift (= Fs.) H. Rosenberg, Berlin 1970, 66—107 (wd. in: H.-U. Wehler, *Krisenherde des Kaiserreichs, 1871—1918*, Göttingen 1970, 291—311, 408—30). Vgl. auch W. Fischer, Ökonomische u. soziologische Aspekte der frühen Industrialisierung, in: ders. Hg., *Wirtschafts- u. sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung*, Berlin 1968, 1—20 (wd. in: ders., *Wirtschaft u. Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung*, Göttingen 1972, 15—27); O. Büsch, *Industrialisierung und Geschichtswissenschaft*, Berlin 1969.

³ Unter Kapitalismus soll ein ökonomisches System verstanden werden, welches vorwiegend auf privatem Besitz und privater Verfügung über Kapital beruht, das der Produktion und dem Tausch von Waren zum Zweck des Profits dient (vgl. D. Landes Hg., *The Rise of Capitalism*, New York 1966, 1). Der moderne Industriekapitalismus — und um diesen geht es in den Beiträgen dieses Bandes ausschließlich — ist zusätzlich durch die industrielle Unternehmung auf der Basis von Kapitalrechnung und fremdbestimmter, arbeitsvertraglich geregelter, formal freier Lohnarbeit bestimmt. Aufgrund der hervorragenden Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren in der bürgerlichen Gesellschaft durchdringen Prinzipien des kapitalistischen Wirtschaftssystems deren gesamte soziale, politische und ideologische Geschichte in einer definitorisch nicht vorwegzunehmenden Weise. Vgl. K. Marx, *Das Kapital*, Marx-Engels-Werke (= MEW) 23—25, Berlin 1962—64; M. H. Dobb, *Studies in the Development of Capitalism*, London 1947², bes. 1—11 (dt.: *Entwicklung des Kapitalismus*, Köln 1972², nach d. engl. Ausg. von 1963); J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus u. Demokratie*, München 1950², 122 f., 198 ff. (engl.: *Capitalism, Socialism and Democracy*, 1942).

⁴ Dazu für Deutschland jetzt: J. Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914—1918*, Göttingen 1973. — Das hier vorgeschlagene Konzept des Organisierten Kapitalismus geht durchaus davon aus, daß einige der von ihm angesprochenen Merkmale, so z. B. die Verschränkung von Staat und Wirtschaft/Gesellschaft, im Ersten Weltkrieg in einer Intensität hervortraten, die in der Nachkriegszeit nicht beibehalten wurde. Dazu auch unten S. 154 und S. 217. Etwas anderes ist es, danach zu fragen, inwieweit im Weltkrieg Strukturen und Lösungen erstmals verwirklicht wur-

den, die als Momente des Organisierten Kapitalismus analysiert werden können und auf die in der Krise der 30er Jahre bewußt zurückgegriffen wurde. Dazu erhellend für die USA: W. E. Leuchtenburg, *The New Deal and the Analogue of War*, in: J. Braeman u. a. Hg., *Change and Continuity in Twentieth Century America*, New York (1964) 1966², 81—143.

⁵ Zur Konjunkturgeschichte J. A. Schumpeter, *Business Cycles I*, New York 1939 (dt.: *Konjunkturzyklen*, I. Göttingen 1961); A. Spiethoff, *Die wirtschaftlichen Wechselagen*, Tübingen 1955 (auch als Art. „Krisen“ in *Hwb. der Staatswissenschaften* 6. Jena 1925⁴, 8—91); Wehler, *Theorieprobleme*. — Zur Konzentration und Entwicklung oligopolistischer bzw. monopolistischer Konkurrenzbegrenzung: E. Maschke, *Grundzüge der deutschen Kartellgeschichte bis 1914*, Dortmund 1964; H. Levy, *Industrial Germany*, New York 1966²; ders., *Monopole, Kartelle u. Trusts in der Geschichte und Gegenwart der englischen Industrie, 1927²*; R. L. Nelson, *Merger Movements in the American Industry*, Princeton 1959; H. Nussbaum, *Unternehmer gegen Monopole*, Berlin 1966; R. Hilferding, *Das Finanzkapital* (1910), Neuaufl. Frankfurt 1968, 1973²; P. A. Baran u. P. M. Sweezy, *Monopolkapital*, Frankfurt 1967 (engl.: *Monopoly Capital*, 1966); M. Gehr, *Das Verhältnis zwischen Banken u. Industrie in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, rechts- u. wirtschaftswiss. Diss. Tübingen 1959 (MS).

⁶ H. Pross, *Manager u. Aktionäre in Deutschland*, Frankfurt 1965; J. Burnham, *Das Regime der Manager*, Stuttgart 1948 (engl.: *The Managerial Revolution*, 1941); L. Baritz, *The Servants of Power, A History of the Use of Social Science in American Industry*, Middletown/Conn. 1960; R. Bendix, *Herrschaft und Industriearbeit*, Frankfurt 1960 (engl.: *Work and Authority in Industry*, 1956); S. Haber, *Efficiency and Uplift. Scientific Management in the Progressive Era 1890—1920*, Chicago 1964.

⁷ Vgl. C. Wright Mills, *Menschen im Büro. Ein Beitrag zur Soziologie der Angestellten*, Köln-Deutz 1955 (engl.: *White Collar*, 1951); D. Lockwood, *The Blackcoated Worker*, London 1958; F. Croner, *Die Angestellten in der modernen Gesellschaft*, Wien 1954; J. Kocka, *Unternehmensverwaltung u. Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847—1914*, Stuttgart 1969; mit Betonung der französischen Entwicklung: H. Lange, *Wissenschaftlich-technische Intelligenz. Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse*, Köln 1972.

⁸ E. Lederer u. J. Marschak, *Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt u. ihre Organisationen*, in: *Grundriß der Sozialökonomik* 9/II, Tübingen 1927, 106—258; E. Lederer, *Die sozialen Organisationen*, Berlin 1922²; H. Kaelble u. H. Volkmann, *Konjunktur und Streik während des Übergangs zum Organisierten Kapitalismus in Deutschland*, *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* (= bisher: *Schmollers Jahrbuch*) 92. 1972, 513—44; einführend zur amerikanischen Entwicklung: R. H. Wiebe, *The Search for Order 1877—1920*, New York 1967; zu mittelständischen Protesten mit international vergleichenden Hinweisen jetzt: H. A. Winkler, *Mittelstand, Demokratie u. Nationalsozialismus*, Köln 1972, sowie die in Anm. 7 genannte Lit.

^{9a} Daß die Mittel staatlichen Wirtschaftsinvententionismus sich im Laufe der Entwicklung des Organisierten Kapitalismus stark änderten, daß sie mit der anti-zyklischen Wirtschaftspolitik nach der Wirtschaftskrise der 30er Jahre zudem eine wichtige Ausweitung erfuhren, ist unbestreitbar, aber zugleich widerspricht es dem hier vorgestellten Konzept in keiner Weise. Dazu Feldmans Ausführungen unten S. 152.

⁹ Vgl. J. Kuczynski, *Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals u. des Staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Berlin 1962; H. Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit*, Berlin 1967; S. Andic u. J. Veverka, *The Growth of Government Expenditure in Germany Since the Unification*, *Finanzarchiv* 23. 1964, 169—278; F. Facius, *Wirtschaft u. Staat. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland bis 1945*, Boppard 1959; E. Küng, *Interventionismus*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften* 5. 1956, 321—29 mit Literaturhinweisen; F. Neumark,

Wirtschafts- u. Finanzprobleme des Interventionsstaats, Tübingen 1961; zur Entwicklung der staatlichen Sozialgesetzgebung in Deutschland: F. Syrup, 100 Jahre staatliche Sozialpolitik 1839—1939, Aus d. Nachlaß bearb. v. O. Neuloh, Stuttgart 1957. — H.-U. Wehlers Beitrag in diesem Band analysiert diese zunehmende Verschränkung von politischer und sozialökonomischer Sphäre für das deutsche Kaiserreich. Begrifflich faßt er diese Entwicklung des Interventionsstaates jedoch nicht, wie es hier geschieht, als *Merkmal* des sich herausbildenden Organisierten Kapitalismus, sondern als dessen *Begleiterscheinung* (bes. S. 48 f.). Eine solche terminologische Entscheidung hat vielleicht den Vorteil, daß sie das häufig auftretende Mißverständnis bereits in der Wortwahl erschwert, das den Staat jener Zeit zum bloßen Reflex des sozialökonomischen Prozesses und Instrument der sozialökonomisch herrschenden Klasse verkürzt. Wichtiger jedoch erscheint mir, daß sowohl viele der Tendenzen zur Organisation im sozialökonomischen Bereich wie auch die Durchsetzung des Interventionsstaates letztlich in ein und demselben Kausalzusammenhang stehen und — mindestens größtenteils — als Reaktionen auf Wachstums- und Gleichgewichtsstörungen des ökonomischen Prozesses wie als Stabilisierungsmaßnahmen gegenüber sozialen Konflikten zu verstehen sind. Insofern ist es angemessener, die Entstehung des Interventionsstaats als Moment des Organisierten Kapitalismus zu begreifen und nicht — wie Wehler — von „dem Duumvirat von Organisiertem Kapitalismus und Interventionsstaat“ zu sprechen.

¹⁰ Vgl. die Einleitung zu H.-U. Wehler Hg., *Imperialismus*, Köln 1972², 11—36.

¹¹ Vgl. mit ausführlichen Literaturverweisen den international vergleichenden Aufsatz von H.-J. Puhle, Vom Wohlfahrtsausschuß zum Wohlfahrtsstaat, Entwicklungstendenzen staatlicher Aufgabenstellung und Verwaltungsprobleme im Zeichen von Industrialisierung u. Demokratisierung, in: G. A. Ritter Hg., *Vom Wohlfahrtsausschuß zum Wohlfahrtsstaat*, Köln 1973, 29—68.

¹² Vgl. neben den bereits zit. Titeln v. Haber und Wiebe insbesondere: R. Hofstadter, *The Age of Reform*, New York 1955, Kap. IV—VI; für Deutschland: J. Plenge, 1789 und 1914, Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes, Berlin 1916; H. Lübke, *Politische Philosophie in Deutschland*, Basel/Stuttgart 1963, 173 ff.; K. Schwabe, *Wissenschaft u. Kriegsmoral*, Göttingen 1969.

¹³ Vgl. W. I. Lenin, Bericht über das Parteiprogramm, 8. Parteitag der KPR (B) 18.—23. März 1919, in: *Werke* 29, Berlin 1968, 155.

¹⁴ K. Marx, *MEW* 23, 12 (Einleitung zum 1. Band des „Kapital“, 1867).

¹⁵ Vgl. M. Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1968³, 189 ff.; J. Janoska-Bendl, *Methodologische Aspekte des Idealtypus*, Berlin 1965. — Die allgemeine Frage nach den Bedingungen und Verfahren, den Grenzen und Chancen bei der Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien und Modelle in der historischen Forschung kann hier nicht angeschnitten werden. Einige Überlegungen zu diesem längst nicht ausdiskutierten Problem bei: J. Kocka, Theorieprobleme der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: H.-U. Wehler Hg., *Geschichte u. Soziologie*, Köln 1972, 316 ff.

¹⁶ Vgl. A. Gerschenkron, *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge/Mass. 1962; ders., *Europe in the Russian Mirror*, Cambridge 1970.

¹⁷ Für die historische Mittelstandsanalyse wurde dieser Ansatz benutzt von: J. Kocka, Vorindustrielle Faktoren in der deutschen Industrialisierung, in: M. Stürmer Hg., *Das Kaiserliche Deutschland*, Düsseldorf 1970, 265—86; u. Winkler, Mittelstand; vgl. auch ders., Pluralismus oder Protektionismus? Verfassungspolitische Probleme des Verbandswesens im deutschen Kaiserreich, Wiesbaden 1972.

¹⁸ Vgl. Dobb, *Studies*, 268; vgl. auch ders., *Organisierter Kapitalismus*, Frankfurt 1966; Schumpeter, *Business Cycles*, I, 96, 145, 398. Vgl. dagegen den Begriff des „politischen Kapitalismus“ bei G. Kolko, *The Triumph of Conservatism* (1963), Chicago 1967, 3, 255 ff., der das sich wandelnde Verhältnis von Wirtschaft und Politik betont und andere Aspekte des hier Gemeinten vernachlässigt. — Inwieweit der Begriff „kol-

lektiver Kapitalismus“, den Gerald D. Feldman — Hans Rosenbergs Anregung aufgreifend — in die Debatte einbringt (S. 151) dem des „Organisierten Kapitalismus“ überlegen ist, wäre erst noch zu zeigen. Allerdings müßte er zunächst etwas gründlicher enttalt und bestimmt werden, als dies bei Feldman geschieht. — Charles S. Maier's Begriff „pluralistischer Korporatismus“ bezieht sich auch seinem eigenen Anspruch nach lediglich auf eine spezifische, durch ein hohes Maß an Selbstorganisation seitens machtvoller nichtstaatlicher Gruppen gekennzeichnete Variante des Organisierten Kapitalismus (vgl. Anm. 27 zu diesem Beitrag und Maier's Ausführungen unten S. 202).

¹⁹ Vgl. Wehler, Theorieprobleme, 88; davon angeregt der Versuch der Begriffsbestimmung bei: Kocka, Unternehmensverwaltung, 315—19. — Vgl. auch H. Staudinger, Die Änderungen in der Führerstellung u. der Struktur des Organisierten Kapitalismus, in: Fs. G. von Eynern, Berlin 1967, 341—73, der den Begriff „Organisierter Kapitalismus“ unter anderen Fragestellungen und mit einer Bedeutung benutzt, die von der hier vorgetragenen Begriffsbestimmung an mehreren Stellen abweicht (so hinsichtlich der Kennzeichnung der Funktionen des Staats, 361 ff.).

²⁰ Vgl. allgemein zum gegenwärtigen Gebrauch des Begriffs durch ostdeutsche Sozialwissenschaftler: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Der Imperialismus der BRD, Berlin 1972; mit stärkerer Betonung rein ökonomischer Probleme und mit Abweichungen im einzelnen: R. Gündel u. a., Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967; zum Verlauf der Diskussion in der DDR: M. Wirth, Kapitalismustheorie in der DDR, Frankfurt 1972; von Mitarbeitern des ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Zeitschrift „Economie et Politique“ verfaßt wurde: Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt 1972 (frz.: Le Capitalisme monopoliste d'Etat, 1971). — Zur Herkunft und zur Anwendung des Begriffs auf die deutsche Geschichte ungefähr seit der Jahrhundertwende: Kuczynski, Frühgeschichte; und mit einigen Modifikationen und Differenzierungen vor allem: H. Nussbaum, Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins u. zur Entwicklung des deutschen Imperialismus bis 1914, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (= JbWG) 1970/IV, 25—65; A. Schröter, Krieg, Staat, Monopole 1914—1918, Berlin 1965; Deutschland im Ersten Weltkrieg, 3 Bde, Berlin (1968—69¹) 1. 1971³; 2. u. 3. 1970²; Schröter, Einige methodologische Fragen der Entstehung u. Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland, JbWG 1966/IV, 126—40; kritisch dazu von sowjetischer Seite: ebd. 1970/II, 3—5; S. Richter u. R. Sonnemann, Zur Problematik des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus in Deutschland, ebd. 1963/II, 39 bis 78; R. Sonnemann u. S. Richter, Zur Rolle des Staates beim Übergang vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus in Deutschland, ebd. 1964/II u. III, 240—55; K. Gossweiler, Die Rolle der Großbanken im Imperialismus, ebd. 1971/III, 35—54; ders., Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie u. Politik des Staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914—1932, Berlin 1971 (mit einigen neuen Akzenten hinsichtlich des gegenseitigen Verhältnisses der Gruppierungen innerhalb der „Monopolbourgeoisie“); dazu die grundsätzliche Kritik von E. Hennig in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1. 1973, 135—51. — Zum Konflikt um die Theorie des „Stamokap“ an der linken Peripherie der SPD, der den Begriff allgemeiner bekannt gemacht hat, jetzt: Der Thesenstreit um „Stamokap“, Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek 1973, bes. 45 ff., 101 ff.

²¹ Diese Grenze des Anwendungsbereichs des Begriffs beeinträchtigt seine Nützlichkeit nicht notwendig. Es hängt vom Erkenntnisziel ab, ob man Begriffe wählt, die den Vergleich kapitalistisch organisierter Industriegesellschaften ermöglichen, oder solche, die weit und abstrakt genug sind, dem Vergleich moderner Industriegesellschaften überhaupt als Bezugsrahmen zu dienen. Doch ist zuzugeben, daß die Kausalabhängigkeit der hier zur Debatte stehenden Veränderungen von spezifisch kapitalistischen Strukturen und Prozessen durch einen Vergleich mit nicht-kapitalistischen Industriegesellschaften schärfer herausgearbeitet werden könnte.

²² Zu Unklarheiten und Schwierigkeiten bei der Datierung des Beginns der Periode des Staatsmonopolistischen Kapitalismus und hinsichtlich der Frage, ob ihr eine „privat-monopolistische“ Periode historisch vorausging, vgl. Nussbaum, Imperialismustheorie, 26 f., 35 f. — Für Wehlers Beitrag in diesem Band fällt der Beginn der Periode Organisierter Kapitalismus mit den 70er/80er Jahren zusammen, also mit jener Trendperiode von 1873 bis zur Mitte der 90er Jahre, die als „Große Depression“ diskutiert worden ist (dazu Rosenberg; H.-U. Wehler, Bismarck u. der Imperialismus, Köln 1972³). In der Tat lassen sich viele der hier diskutierten Veränderungen ansatzweise und zunehmend schon in diesen Jahrzehnten feststellen. Allerdings bedeutet Wehlers Datierung eine sehr starke zeitliche Ausweitung und Dehnung der Periode des Organisierten Kapitalismus, die Feldman unten (S. 151) zu Recht kritisiert. — Möglicherweise könnte in einer Verbindung zwischen der Periodisierung mit Hilfe von Trendperioden und dem hier benutzten Begriff eine gewisse Lösung zu finden sein, da (nach Kondratieff, Spiethoff, Schumpeter, Rosenberg, Wehler u. a.) die Analyse der langen Konjunkturwellen einigermaßen scharfe Wendepunkte (1873, Mitte der 90er Jahre, 1913) ergeben, obwohl auch dies keineswegs unumstritten ist (vgl. z. B. für England S. B. Saul, *The Myth of the Great Depression, 1873—1896*, London 1969). Eine Verkopplung der Trendperioden-Periodisierung und des Begriffs „Organisierter Kapitalismus“ könnte für Deutschland — die modifizierende Übertragbarkeit auf andere Industrieländer wäre gesondert zu behandeln — etwa so aussehen: „Industrielle Revolution“ von den 1830er (oder 1840er) Jahren bis 1873 — „Große Depression“ 1873 bis zur Mitte der 90er Jahre — Übergang zum „Organisierten Kapitalismus“ von der Mitte der 90er Jahre bis zum Ersten Weltkrieg — „Organisierter Kapitalismus“ seitdem, wobei eine weitere Aufgliederung und Unterteilung dieser letzten Periode nach zusätzlichen Kriterien sehr zu wünschen und wohl auch möglich wäre. Dieser Periodisierungsvorschlag — siehe bereits als Versuch der empirischen Anwendung dieses Schemas: Kocka, Unternehmensverwaltung, 43 ff., 199 f., 315 ff.; sowie ders., Theorieprobleme, 316 — würde sich allerdings darüber hinwegsetzen, daß viele (aber nicht alle) der unter „Organisierter Kapitalismus“ gefaßten Veränderungen wenigstens ansatzweise auch in der Zeit vor Mitte der 90er Jahre auftraten. Doch darf daran erinnert werden, daß solche Unschärfen und pragmatischen Entscheidungsmomente wohl den allermeisten Periodisierungsversuchen eigen sind, besonders wenn sie die Datierungen mit Hilfe von Ereignissen als in der Regel ungenügend für sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Zwecke begreifen und darüber hinaus zu gelangen versuchen. Periodisierungen wechseln zudem notwendig mit den spezifischen Erkenntniszielen, es sei denn, sie gefrieren zur weithin akzeptierten Konvention, deren hauptsächlicher Nutzen in der Erleichterung der Verständigung im Sinne einer Sprachregelung liegt. — Mit der nicht voll gelösten Periodisierungsproblematik eng verbunden ist die in Regensburg zunächst von V. Sellin (unten S. 84 f.) aufgeworfene kritische Frage nach der Identifizierbarkeit einer vorhergehenden Periode des nicht organisierten (Industrie-)Kapitalismus. Dazu ist Folgendes zu sagen: 1. Spitzt man den Einwand (wie es in Regensburg fast durchweg geschah) auf den staatlichen Interventionismus, also auf nur einen Aspekt des Begriffs „Organisierter Kapitalismus“, zu und argumentiert, daß es diesen auch in den frühen Phasen der Industrialisierung gab, so muß dagegen vor allem auf die qualitative Besonderheit staatlicher Wirtschafts- und Sozialinterventionen im Organisierten Kapitalismus hingewiesen werden, die wie oben ja thesenhaft formuliert wurde, *Reaktionen* auf ökonomische und soziale Gleichgewichtsstörungen eines längst in Bewegung gesetzten Industrialisierungsprozesses sind, welche in einem fortgeschrittenen Stadium desselben aus hier nicht analysierten Gründen aufzutreten pflegten. Dies gilt etwa für die preußische Gewerbepolitik des Vormärz nicht. — 2. Dessenungeachtet ist zuzugeben, daß die konzedierte Periodisierungsschwäche des Begriffs „Organisierter Kapitalismus“ eine analytisch unangreifbare Trennung der Perioden nicht zuläßt, es sei denn, man benutzt zusätzliche Datierungskriterien (wie Trendperioden). — 3. Falls wirklich (wie Sellin für Italien zu zeigen ver-

sucht und wahrscheinlich für viele kürzlich oder gegenwärtig mit der Industrialisierung beginnende Entwicklungsländer gezeigt werden könnte) „Organisierter Kapitalismus“ mit „Industriekapitalismus“ wenigstens hinsichtlich des Staatsinterventionismus in eins fällt, so bezeichnet dies für die Anwendung des Konzepts einen Grenzfall, der dennoch mit Hilfe dieses Konzepts analysiert werden kann (wie es Sellin ja selbst vorführt) und der dessen Anwendbarkeit (etwa für einen Vergleich der Industrialisierung in einem westeuropäischen und einem heutigen Entwicklungsland) keineswegs in Frage stellt.

²³ Zur Begriffsgeschichte von „Organisierter Kapitalismus“ vgl. die Einleitung H. A. Winklers zu diesem Band; zur Herkunft des Begriffs des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ aus einigen Kriegsschriften Lenins vgl. mit genauen Verweisen: Kuczynski, Frühgeschichte, 173 ff.; Nussbaum, Imperialismustheorie, 28 ff.

²⁴ Art. „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“, in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands u. der deutschen Arbeiterbewegung 2, Berlin 1970, 602–606 (Zitat: 604). — Die „Verschmelzungs“-These auch in dem sonst sehr differenzierten Artikel von Nussbaum, Imperialismustheorie, 25 f., 61 ff.

²⁵ Vgl. z. B. die schillernden Aussagen zum Verhältnis von Staat und Monopolen in: Institut f. Gesellschaftswissenschaften b. ZK d. SED, 101 f. (die Verschmelzungs-These dagegen für den Ersten Weltkrieg und für die Gegenwart: ebd., 21, 127 ff., 142, pass.). — Vgl. auch H. Mottek, Zur Verstaatlichung im Kapitalismus. Der Fall Hibernia, JbWG 1968/IV, 11–39, der ältere marxistisch-leninistische Interpretationen dieses Konfliktes über die Verstaatlichung von Kohlengruben 1904/05 kritisiert (13 f.), die „Gegentendenzen“ zur „Verschmelzung“ zwischen Monopolen und Staat stark betont (36 ff.) und in diesem Rahmen die anti-staatlichen Defensiv-Maßnahmen der insofern weitestgehend einigen Unternehmer und Kapitalbesitzer gegen spezifische staatsinterventionistische Eingriffe klar herausarbeitet, aber darauf verzichtet, daraus Konsequenzen für die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus und insbesondere die Verschmelzungs-These zu ziehen.

²⁶ Am Beispiel der marxistisch-leninistischen Interpretation der inneren Geschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg im einzelnen aufgezeigt bei: Kocka, Klassengesellschaft, Kap. IV, Abschn. 3.

²⁷ Ein solcher flexibler Begriffsrahmen deckt hinsichtlich des Verhältnisses von Sozialökonomie und Staat zwei unterscheidbare und in der Regensburger Diskussion besonders von Feldman und Maier unterschiedene *Varianten* des Organisierten Kapitalismus ab: sowohl die mit vorwiegend (nicht ausschließlich) *staatlicher Organisation* von Wirtschaft und Gesellschaft als auch die mit vorwiegender (nicht ausschließlicher) *Selbstorganisation* durch organisierte Interessen (vgl. unten S. 158 ff. u. 196 f.). Solche und andere Unterscheidungen und Differenzierungen erlaubt der hier vorgeschlagene Bezugsrahmen, ja er legt sie nahe. Sie sind notwendig, wenn man zu einer zeitlichen und international vergleichenden Typologie des Organisierten Kapitalismus kommen will. Eben deshalb muß der Begriff aber zunächst ein hohes Maß an Flexibilität besitzen und nicht zu starr festgelegt sein; ihn als zu unbestimmt und weit gefaßt zu kritisieren, überzeugt zumindest in diesem Zusammenhang nicht. — Zum Begriff der „restriktiven Bedingungen“ staatlicher Autonomisierungstendenzen im Anschluß an O. Kirchheimer: J. Bergmann u. a., Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung, in: Th. W. Adorno Hg., Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Stuttgart 1969, 67–87; als Versuch der Anwendung dieser Begriffe zur Analyse des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat im Ersten Weltkrieg: Kocka, Klassengesellschaft, Kap. IV, Abschn. 4. — Mit Hilfe des Begriffs der „politik-enthobenen Imperative“ einer kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialstruktur, deren Durchsetzung durch den Staatsapparat nicht als Verwirklichung sozialökonomischer herrschender Interessen hinreichend analysiert werden könne, setzt C. Offe (Politische Herrschaft u. Klassenstrukturen, in: G. Kress u. D. Senghaas Hg., Politikwissenschaft, Frankfurt [1969] 1972, 155 ff.) diesen Ansatz fort,

wobei eine gewisse Gefahr besteht, im Interesse einer funktionalen Erklärung allzusehr von „handlungstheoretischen Kategorien“ und damit den Motivationen und Interessen der individuellen und kollektiven Handelnden abzusehen. Dagegen betont Offe (Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, 65—106, bes. 65, 68—72, 74, 90, 92, 95—100) neuerdings wieder stärker, daß trotz gegenläufiger „Verschleierungstendenzen“ die Funktionen des Staatsapparats in der spätkapitalistischen Gesellschaft vor allem als Verwirklichungen des „objektiven Gesamtinteresses des Kapitals“ (wenn nötig auch gegen den davon abweichenden Willen von „Einzelkapitalen“) und damit primär als Klassenherrschaft zu interpretieren seien. Vgl. auch die Kritik an Offes schillerndem Ansatz in Kocka, Klassengesellschaft, Kap. IV, Anm. 121.

²⁸ Vgl. die Einleitung H. A. Winklers zu diesem Band und R. Hilferding, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, in: Sozialdemokratischer Parteitag Kiel 1927 (Protokoll), Berlin 1927, 165—84, bes. 168 f.; E. Naphtali, Wirtschaftsdemokratie (1928¹), Frankfurt 1966, 26—41 („Von der freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus“), bes. 36 f. — Vgl. auch die frühe marxistische Kritik am Konzept bei E. Varga, Probleme der Monopolbildung u. die Theorie vom ‚organisierten Kapitalismus‘ (1929), in: ders., Die Krise des Kapitalismus u. ihre politischen Folgen, Frankfurt 1969, 11—41.

²⁹ Zu einigen politisch-ideologischen Funktionen der DDR-Historie vgl. Kocka, Theorieprobleme, 322 f.

³⁰ Dazu im einzelnen mit Belegen: ders., Klassengesellschaft, Kap. IV, Abschn. 3, bes. Anm. 103—105.

³¹ Vgl. die Betonung der Kontinuität vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus vor 1914 bis zum Faschismus bei Nussbaum, Imperialismustheorie, 57, und bes. deutlich bei Gossweiler, Großbanken, der den Unterschied zwischen liberal-parlamentarischen und faschistischen Herrschaftsmethoden tendenziell verwischt. Generell behauptet die zunehmende Verschärfung der Klassenspannung und den Abbau der Demokratie als Folge des Staatsmonopolistischen Kapitalismus: Inst. f. Gesellschaftswissenschaften beim ZK d. SED, Kap. III, bes. 178, 205.